

den Gedanken eines Generalstreiks nicht als eine einfache, rechtliche Sache zu erachten, wie es in unseren Köpfen so oft geschieht, ist selbstverständlich. Die traurigste Mischung wird freilich der Staat Deutschland versippen: er hat Krieg, seine einzige Hofenbahn, in der er schon längst ein Fremdling gewesen ist, nun endgültig verloren. Hinterschüsse sind kein Mittel, womit man in unseren Tagen den Patriotismus weckt und facht.

Ueber die neuesten Vorgänge in Triest liegen folgende zum Teil in Regierungskreisen entnommene gerühmte Nachrichten vor: Montag sind wieder gewisse Zustände eingetreten, es herrscht vollständig Ruhe. In allen Parteien wird gearbeitet, auch die Volkspolizei haben ihren Dienst wieder angetreten. In einem Restaurant verfasste die Polizei neun Führer der sozialdemokratischen Partei, unter denen sich angeführt Dr. Gsch befindet. Ein Café Giazzi wurde eine besonnene Anarchistengesellschaft von Militär verhaftet. Im Hofen sind die Kriegsschiffe Wien, Monarch, sowie ein Dschiffe-Torpedoboot eingelaufen.

Der sozialdemokratischen Parteileitung in Wien kam der Triester Streik sehr überraschend. Die Parteileitung hatte von einem Aufstand abgesehen, zumal jene genügenden Geldmittel vorhanden waren. Die Streikenden haben mit den planmäßig vorbereiteten Erzeugnissen nichts zu thun.

In der Nacht zum Montag sind die Weichen der Erbschiffen in aller Stille herbeigeführt worden. Der Friedhof war militärisch besetzt und abgeblasen.

Vom Montag abend wird gemeldet:

Die Quantität der Arbeiter, die Arbeiter auf den Werften, Sandern und Stabilimento Technico Triestino und des Modarials legen von neuem die Arbeit nieder, weil das Militär nicht zurückgezogen wurde. Unter den Verhafteten befindet sich der bekannte Anarchist (H. Joseph) Bogio. Der Wiener **Scharfrichter** Lang mit zwei Gehilfen ist hier eingetroffen.

Tagesgeschichte.

Valle 18. Februar.

Deutscher Reichstag.

Der Reichstag begann am Montag die zweite Lesung des Militäretats. Es lag eine Resolution Venzmann vor, die das Duellwesen durch schärfere disziplinarische Bestrafung der Offiziere beseitigen will. Diese Resolution wurde von Venzmann begründet. Der Redner war aber so infolent, den Duellfreunden das Zugeständnis zu machen, daß es Fälle gäbe, wo das Duell unvermeidlich sei. Diese Infamanten wurden vom Unionsminister beantwortet. Nachdem mit Recht getadelt, der außerdem bei der Schaffung großer Lebungsplätze mehr Rücksicht auf die Bauern verlangte und sich über Pamphlete gegen die Resolution beklagte, die in der Armee verbreitet würden. Der Kriegsminister bekräftigt das letztere und hob hervor, daß eine Erhebung über die bessere Verteilung der Gutsparzellenstellen im Gange sei.

Dann kam unter Genosse Weibel zum Wort, der Herrn Venzmann zum Trotz darauf aufmerksam machte, daß noch viel schlimmer als die Feindtätigkeit der Sozialdemokraten in der Armee behandelt würden. Unter Genosse Viet, für die Lebungsplätze Staatsländer werden zu benutzen oder Staatsmoldungen auszurollen. Dann kam er auf den im Jahre 1898 bereits beiprogrammierten Fall des Hauptmanns Luthmer, der durch das Versehen eines Zeugnisses erblindet ist, zurück. In der Duellfrage wies unter Weibel auf die unglückliche Rolle hin, die der Alkohol bei den Ereignissen spielt. Hierauf beipflichtet er eingehend das Thema der Soldatenmishandlungen und konstatierte bedauernd, daß eine Vernehmung, nicht eine Vermeidung aus der Statistik zu entnehmen sei. Er führte einige der ärgsten Fälle der letzten Mishandlungen an. Als Grund für die Zunahme unter wies er auf die solofale Zerrung der Anforderungen im Weere hin. Er forderte bringend die Einschränkung des Gasmachendienstes, die Befestigung des Stadtwachens und des Paradeplatzes. Unter Hinweis auf die Fortschritte, die Frankreich in der Armeereorganisation gemacht habe, konnte er feststellen, daß der Müßiggang liberal im steigenden Fortschreiten begriffen ist.

Der Kriegsminister antwortete zunächst unseren Genossen nicht. Erst als Graf Hoon gegen diesen polemisiert hatte, wollte er nicht zurückweichen, bekräftigte sich aber auf eine sehr ruhige Erwidrerung. Er bekräftigt, daß die Mishandlungen in der Armee vermehrt hätten und verteidigte den Paradeplatz und die körperliche Ausbildung, wie sie in der Armee üblich ist. Die Duell-Resolution Venzmann lehnte er für seine Person ab.

Weshalb ein dänischer Redner sich über die ungerichtete Behandlung polnischer Streitkräfte beschwerte und einen Ordnungsruf für eine Bemerkung über den preussischen Militarismus geerntet hatte, spann unter Genosse Kanert das Thema über die Soldatenmishandlungen weiter. Auch er erhielt einen Ordnungsruf, als er ein Telegramm des Kaisers an den Grafen Werder, das Vorschriften über die Kriegsführung in China enthielt, kritisierte. Dienstag geht die Beratung weiter.

Preussischer Landtag.

Am Abgeordnetenhaus wurde am Montag die Beratung des Justizetats fortgesetzt. Zwei besonders wichtige Dinge wurden in der Verhandlung eingehend besprochen. Der freimütige Abgeordnete Träger stellte dem Justizminister wegen des im Reichstag am 27. März 1898 geäußerten Urteils über den Verein mit dem preussischen Minister des Innern über die Anwendung des Erpressungsparagraphen gegen Arbeiterorganisationen an die Staatsanwaltschaften gerichtet haben soll, zur Rede. Der Justizminister gab ausführliche Antwort, die nur nicht so klar war, wie sie ausführlich war. Zunächst sollte er eine unentgeltliche Nebenklage zulassen. Die Erörterungen über den Erlaß des Ministers führten sich an einen Fall, in dem ein Arbeiter mit sechs Monaten Gefängnis bestraft worden ist, weil er erklärt hatte, er arbeite nicht mit Arbeitern. Er sich von seiner Organisation fernhalten. Mit diesem Falle hatte der Erlaß nichts zu thun. Auch eine am 27. März 1898 geäußerte Erklärung des Justizministers allein ausgegangen, nicht im Verein mit dem Minister des Innern. Ueber diesen Erlaß an die Provinzialbehörden gerichtet hat, weiß der Justizminister nicht. Aber ein Erlaß ist von ihm an die Staatsanwälte ergangen, ein Erlaß, der auch eine erweiterte Auslegung des Erpressungsparagraphen in sich faßt.

Herr Schüffeldt bekräftigt dies zwar und er bekam von dem nationalliberalen Abg. Dr. Friedberg und dem konservativen Abg. v. Uebell recht, das beweist aber noch gar nichts für die Unrichtigkeit der im Reichstag geäußerten Ansichten. Anlaß zur der Verfügung gab ein Fall, in welchem ein Arbeiter einen anderen Arbeiter mit einer Dornenrose der Brust, aus der Dornenblätter ausstrichen, abgehauen haben soll. Der Gericht hatte hier auf Freisprechung erkannt und Herr Schüffeldt hat die Staatsanwälte angeklagt, in solchen Fällen trotzdem weiter vorzugehen und eine Entscheidung des Reichsgerichts herbeizuführen. Damit sie das können, soll nicht nur eine vor das Landgericht gehende Anklage wegen Erpressens gegen § 133 der Gewerbeordnung, sondern auch dieses Vergehens in der Idealform mit Verurteilung eine Anklage, für die die Staatsanwaltschaft zuständig ist - erhoben werden. Im wesentlichen waren also die im Reichstag erhobenen Vorwürfe gerechtfertigt. Denn es handelt sich eigentlich dabei um nichts Geringeres, als die im Reichstag abgeleitete **Justizhausordnung**, wenigstens in bestimmten Teilen, durch eine erweiterte Auslegung des Erpressungsparagraphen im allgemeinen Strafgesetzbuch zu erziehen. Es bleibt abzuwarten, ob das Reichsgericht seine Hand dazu bieten wird. Unmöglich ist es nach allem, was wir von diesen höchsten Strafgerichtshof in den letzten Zeiten erlebt haben, nicht. Mit Recht konnte sich der Justizminister nur gegen den Vorwurf wenden, daß er einseitig zum Unrichtigen gelehrt, die Arbeiter ansehend hoch zu verurteilen, daß unglücklich dem Erlaß ein Entschreiben gegen Arbeiter gefordert worden ist, ist unrichtig. Herr Schüffeldt wogte zwar von dem letzten Fall zu berichten, daß ein bayerisches Gericht auch einmal Arbeitgeber, die auf ihre Standesgenossen einen Zwang wegen Beirrats zu einem Mord ausgeübt hatten, wegen Erpressung verurteilt hat.

Die zweite wichtige Angelegenheit des Reichstages war die Staatsanwaltschaftsreform, die von dem freimütigen Abgeordneten Dr. Barth zur Sprache gebracht wurde. Herr Barth erklärte, daß dieser das Duell verheerliche Gesetzeswörter nach seiner Ansicht sein Amt als Staatsanwalt verwirrt habe und daß die sogenannte Strafverfolgung nach Kagen als ganz ungenügende Korrektur angesehen werden müsse. Der Minister erklärte die von ihm geäußerten Gründe richtig. Er verwies auf das in den eigenen Angaben des Herrn eine mildere Fassung der Duellbestrafung, die sich aber im Hauptpunkte wörtlich mit der von Herrn Barth vorgetragenen Fassung deckte. Dem Minister wurde von der Rechten und den Nationalliberalen lebhafter Beifall geendet. Herr Krause sprach ihm noch folgenden feinen Vorschlag an: Das Zentrum schwebt und nur der rechtliche Abgleich auf dem Reichstageswörterbuch und anerkennenswerten Vorbezug zurück. Somit wurde noch manderlei Interessenten vorgebracht. Gefordert wurde die Trennung des Notariats von der Rechtsanwaltschaft, bemanlagt wurde die neue Gerichtsorganisation und die alte preussische Gerichtsordnung, die Verwahrung der Staatsanwälte bei der Verlegung der Justizminister, abgenommen werden war eine Verminderung des Ministers auf eine Ausführenden des Herrn Dr. Brügel über die Ermäßigung des Briefkommunikationsstempels. In Pragen will man die Errichtung von Briefkommunikationsstellen durch Ermäßigung des Stempels. Das ist die

neueste Forderung des Reichstages der Königlich preussischen Staatsregierung, die der freimütige Redner sehr abfällig kritisierte. Dienstag wird die Debatte fortgesetzt.

Wahlfreizeit im Königreich Estland.

Dem Reichstag ist der Bericht seiner Wahlprüfungs-Kommission über die Nachwahl für den verstorbenen Abg. Stamm in Ottewier-St. Wendel zugegangen. Der Bericht weist ganz ungeheuerliche Wahlbeeinflussungen auf und zeigt, daß der Stimmliche Geist auch nach des Weilers Tode im Königreich Saarboden noch lebendig ist.

Von der Stimmpartei kandidierte der Bergat Priege in Saarboden. Er wurde mit 15 724 Stimmen gegen 14 958 Zentrum- und 117 gespaltene Stimmen gewählt. Aber weil! Dabon geht der Bericht eine sehr interessante Schilderung. Ein Steiger der Grube Schmalwald drohte den Vergleuten, sie würden bei der Wahl besonders beobachtet und, wenn Bergat Priege nicht durchföme, alle nach einem weit entfernten Schaßplatz verlegt werden, wodurch je täglich eine halbe resp. dreiviertel Stunden weit zu gehen gehabt haben müßte. Ferner ließ der Bergwerksdirektor Wigger einen ihm unterstellten Nachreiter zu sich kommen, weil er gesagt haben sollte, wo Bergat Priege wählen, stellte ihn vor die Rede und drohte ihm und andern Vergleuten mit Verurteilung, wenn Priege nicht durchföme. Einem andern Beamten, einem Steiger gegenüber verließ sich dieser Bergwerksdirektor sogar auf der Drohung: „Bedenken Sie wohl, daß wir genau konstatieren können, was Sie gemacht haben; Sie haben noch acht Tage Bedenkzeit. Überlegen Sie sich es wohl, es könnte böse Folgen haben.“ Ein Steiger ließ sich einen Bergmann, der ein Zentrumswähler-Verarmung befehlt hatte, kommen und legte ihm u. a.: „Jeder Bergmann sollte doch wissen, daß Herr Priege jene Vorgezogene sei und daß er diesem seine Stimme geben müsse!“

Neben diesen Drohungen sind die Stimmliche selbst nicht durch direkten Wahrgelungen zurückgedrängt. Zwei Vergleute waren im Gespräch mit Kameraden für den Zentrumskandidaten eingetreten. Kaum erfuhr dies der Steiger, als die beiden nach zwei andern, entfernter liegenden Gruben verlegt wurden. Darüber führten die Vergleute beim Direktor Beschwerde. Als der eine bemerkte, er sei wohl wegen der Wahl unterdrückt worden, erhielt er die höfliche Antwort: „Als Mithen Sie sich das getraut haben. Haben Sie nur an es kommen zu machen, in die Arbeit gehen.“ Wenn Sie heute nicht anfahren, ist die Arbeit gefährlich.“ Dieser Fall so sagt der Wahlprotest mit Recht, erregte unter den Vergleuten großes Aufsehen und enthielt für alle, welche als Zentrumswähler ermittelt wurden, die Androhung von schweren Nachteilen. Durch die Steiger wurde dies denn auch noch recht deutlich gemacht, indem man dem gegnerischen Bergmann sagte, als er auf der neuen Grube eintraf: „Der Fuchs (Zentrumskandidat) soll Sie jetzt wieder nach Wellsweller (der früheren Grube) verlegen.“

Diese Einschüchterungen, Drohungen, Maßregelungen waren aber nur das Vorbild für den am Wahltag entfalteten patriotischen Terrorismus, von dem der Bericht der Wahlprüfungs-Kommission ein Spiegelbild giebt. Die Wähler wurden vom Eintritt ins Wahllokal bis zur Stimmabgabe von Beauftragten genau kontrolliert, in einzelnen Wahllokalen standen bis zehn Aufpasser, so daß selbst der geistlichste Tischgenosse keinen anderen als einen Biergeschloß abgeben können. In Wellsweller wurden die Vergleute von 2 bis 3 Aufpassern bis ins Wahllokal begleitet, damit ein Untausch deszettels nicht erfolge. Selbst bis in das höhere Beamtenum hinauf ging die Beeinflussung und Unterdrückung. So stellt der Wahlprotest über Angabe von Zeugen fest, daß der Vergleutenfaktor u. a. m., weil er sich geweigert haben soll, für die Wahl von Priege zu agitieren, auf dem Weg zum Wahllokal mit einem ohne sonstigen Grund von Heden nach Klausthal im Holz verlegt worden ist. Der Fall mußte natürlich allgemeines Aufsehen erregen.

Neben all diesen Beeinflussungen war das Stimmliche I-format noch besonders wirksam. Kurz vor der Wahl gaben die Stimmliche einen Stimmzettel 15/2 x 12 Zentimeter aus, dann einen 17 x 11 Zentimeter und am Wahltag selbst noch einen außerordentlich großen: 21/2 x 13 Zentimeter. Es ist selbstverständlich, daß der nationalliberale Nachfolger Stamm, wenn auch nur ein Teil dieser Wahlbeeinflussungen sich noch feststellen lassen, ebensowenig wieder aus dem Reichstags hinausfliegt. Die Wahl zeigt aber, was das Ausbeutertum das Reichstagswahlrecht zu einem Lohn und einem leeren

Eine russische Mammut-Expedition.

Der Kaiser des Petersburger Zoologischen Museums, Otto Herz, ist beauftragt worden, den von einem Kolonisten unter 17. 32 Grad nord. Breite im zentralen Teil des Uralgebirges entdeckten Mammutfabrik zu bergen. Er ist am 11. November in Sredni-Kolmsk wieder eingetroffen, und es ist ihm gelungen, die noch erhaltenen Teile des Tierfelles in gutem Verstande dahin zu bringen. Sie sollen nun nach Petersburg geschickt werden.

Dieser Fund ist für die Paläontologie so wichtig, daß es sich rechtfertigen wird, das Abenteuer eines Berichtes, den Herr Herz über die Ausgrabungsarbeiten in der St. Petersburg. Sta. veröffentlicht, mitzuteilen.

Der Weg zu der Fundstätte führte von Sredni-Kolmsk die Koloma 150 Werst abwärts bis zur Saima (Sommerbütte der Jäger) Wilmowa. Vom rechten Koloma-Ufer aus, so richtig Herz am 11. Februar, zog er nach vier Tagen in östlicher Richtung durch die unermessliche Tundra Wald 90 Werst bis zu dem rechten Ufer des Beresowa, dem Zimper, von wo aus es dann noch 40 Werst südlich bis an den Mammutplatz ging, den wir am 22. September abends erreichten. Die Mittelwägen, die mir Jankowski über die Erhaltung des Mammutfabrikers gemacht hatte, waren recht beherbergt. Ich schickte anfangs die Arbeiter, die ich einmal eine verunglückte Mammut-Expedition heranzuführen. Ganz so schlimm ist es aber nicht, da wir bodeninteressante Fasta mitbringen.

Im vorigen Sommer und Winter, bis Anfang des Sommers dieses Jahres, hatte in ganzen Kolomsker Kreis, bis hinauf ins Tschuktschenland und an die Küste des Schotischen Meeres eine furchtbare Epidemie herrschend und Duzenterte, die in Gefahr 8 Berg der Bevölkerung dahingerafft hat. Auch Jankowski war von dieser eigentümlichen Minderkrankheit befallen worden und hatte 50 Tage lang im Bett gelegen, so daß er seinen ursprünglichen Plan, im Frühjahr an die Beresowa zu gehen und den Mammut-Kadaver richtig mit Erde und Steinen zu bedecken, nicht hätte ausführen können. Diesem wüsten Weinen nun den ganzen Sommer hindurch der Mammut-Kadaver freigegeben hatte, war ihr Varen, Waite und Süde ein immer gedehnter Tisch mit zwar etwas alter, aber immer noch unter Mehlsticht hergerichtet worden, wo sie jetzt von seinem Jäger gefressen wurden, da hier im Sommer auf Hunderte von Werten kein feine Kammen zu wandern pflegen. Diesem wüsten Weinen hat nun auch der Mammut-Kadaver heranzuführen, einen Teil der Kopfhaut und des Hintere abgerieben, aber von den herausgerissenen Knochen, wie es den Anschein hat, sehr wenig verschleppt. Dann hat das von den Bergen herabströmende Frühjahrswasser auch dem Hinterteile des Körpers einigen

Schaden zugefügt, doch ist jedenfalls noch so viel vorhanden, daß wir viel Schlitten zu beladen haben werden.

Mein nächster Anlauf hier hatte ich noch zwei warme Tage gehabt und trug während dieser einige große Teile der den Mammutfabrik beobachteten Erde mit, die ich unter der Erde vor sich zehn Tagen drangeworfen worden waren, wieder ab und erub dann um das Mammut herum zu viel frei, daß behaarte der ganze Körper sichtbar wurde. Von der Behaarung ist nicht viel mehr an den Beinhauten und drei Beinen vorhanden, und was noch in der Erde mit Karren liegt, wird auch nicht zu retten sein. Das ist ein Vorhaben dagegen ist noch so lange die Kartoffelbedeckung mit Erde an der Haut festhält, grobhart und giebt uns vollständigen Schutz darüber, daß das Mammut eine solche Beschädigung hatte, daß es das kalte Klima vertragen konnte. Die dunkel-violette, ziemlich dicke Haarbekleidung dieses Beines bis zum Mittelarm ist bis 20 Zentimeter lang, während an der Innenseite des Beines die Haare über die Schulter herabhängend, abwärts bis viel dichter steht, ähnlich wie Du es wahrlichst auch schon bei Berden gesehen hast, die mandmal ordentliche Büsche von Haaren am ausgelegt haben. Unter diesen Steif- und Borstenhaaren liegt ein richtiger Velz von 5 bis 10 Zentimeter langem Kamme gel. Durch diese Haarbekleidung ist sicher keine Kälte gelangt.

Vom Hüffel ist gar nichts vorhanden; dagegen fand ich im Eine beim rechten Hinterbeine eine ganz dicke Schwanzspitze von circa 20 Zentimeter Länge, das ganze andere obere Stück habe ich noch nicht entdeckt. Diese Schwanzspitze ist auch ganz dicht mit sehr langen, verästelten Haaren umgeben, ähnlich wie bei einem Büschelhaare, und ein großes Interesse erweckt. Ich muß sie getrennt mitbringen, da ich sonst ein zerfallenes Zerstück beibringe. Von noch größerem Interesse aber ist die Entdeckung des Hinterrades zwischen den Hähnen und auf der Zunge, ganz dasselbe wie das von wilden Tieren aus dem Magen noch unverdaute Futter, das in reichlicher Menge vorhanden ist. Auch dieses kamme ich unverletzt mit, da bei dem Hinterrad, das zwischen den Hähnen gefunden wurde, noch die Kamellenabdrücke deutlich vorhanden sind. Dieser Fund beweist vor allen Dingen, daß die Mammut hier im Norden gefressen haben und nicht durch große Ueberfressungen hierher geföhrt worden sein können.

Die Lage des Kadavers weist darauf hin, daß das Mammut hier an Ort und Stelle ein unvollständiges Ende gefunden hat. Es ist unentschieden beim Hinterrad in eine Eisplatte, die überwachsen gewesen sein muß, geföhrt oder vielmehr abgerührt. Das beweisen die Stellungen der Vorderbeine, von denen das linke so getrieben ist, daß deutlich sichtbar ist, wie das schwere

Tier aufwärts zu klettern versucht hat, während das rechte Vorderbein einen Stützpunkt fand, der aber wahrscheinlich zu glatt und zu steil war, den kolossalen Hinterkörper hoch zu heben. Die Hinterbeine haben bei dem Abbruch in eine Lage erhalten, die für horizontale unter den Bauch zu liegen kamen, wodurch das Tier sich ganz unähnlich in der engen Lage wieder aufrichten konnte. Diese Eisplatte ist entweder schon mit brechigen Sand- und Lehmannen ausgefüllt gewesen oder sehr bald vollgefüllt worden und dann zum Teil getreten, wodurch sich der Körper auch erhalten konnte.

Der Fundort befindet sich circa 35 Meter höher als der jetzige Meeresspiegel der Beresowa, auf einem mittleren Abhänge von 1 1/2 Werst Länge. Dieses Abhänge fällt bei einer Steigung von 40 Grad zur Beresowa ab, ist ganz zerföhrt und geklüftet und rutschet allmählich zum Fluße hinunter, hauptsächlich im Frühjahr, wenn von den Bergen zahlreiche Wasserläufe das ganze sich sentende Gerölde durchfallen. Unter dem Überschieben des Gesteines treten unter einer schmalen Kammschicht und einer Meter und mehr tiefen Erdschicht mächtige, verfallene Gesteine von 5-8 Meter zu Tage, die freilich nicht liegen und der ganzen Sommerwärme ausgesetzt sind, welche dann so viel Launhafter liefern, daß das Abbruch der Erdmassen zum Flutieren hinab noch mehr beschleunigt wird. Nach meiner Ansicht hat hier ein hier in Auflösung begriffenes fossiles Gerölde vor sich und seine sogenannten Schersteinen, die sich bei der fortwährenden Sommerwärme wohl nicht hätten erhalten können.

Da jetzt hier der Winter schon seinen Anfang genommen hat, ist natürlich das Mammut wieder geföhren. Ich muß auf alle Fälle in diesem Winter den Kadaver von hier fortbringen, da das im nächsten Sommer eine Erhaltung desselben ganz unmöglich wäre. Erstens würde bei dem von den Bergen kommenden Frühjahrswasser das ganze Tier heruntergewaschen werden, und zweitens ist an eine Konservierung an Ort und Stelle gar nicht zu denken. Gropartig wird bei dem Auftauen des Mammut der Gehalt werden, wozu ich schon die ersten Tage einen Bergschnee bekommen habe. Ueber eine halbe Werst vor der Gerölde mehrschicht. Ich habe sogar einmal an einem abgürzten Erdbügel gelaugt, vor einem zweiten Mammutgrube zu stehen, circa 1/2 Werst von der jetzigen Fundorte, am Ende des Abhanges. Doch als ich immer weiter herumschlich und mich für mich angenehmen Gerüche nachgibt, kam ich an mein richtiges Mammutgrub.

Schall macht und wie notwendig eine ausreichende Sicherung des Wahlergebnisses ist. Mit den nationalliberalen Stimmungen wird der Reichstag noch mehr, wenn der Bericht der Kommission im Plenum verhandelt wird.

Ein deutscher Professor über die polizeilichen Schikanen der Streiter.

Es giebt doch noch einige Professoren an deutschen Hochschulen, deren Gedankengang etwas anders beschaffen ist, als derjenige des Professors Conrad in Halle. In einer seiner letzten Vorlesungen über Specielle Volkswirtschaftslehre hat Professor Brenano in München unter dem schablonenhaften Titel seiner Vorlesung folgende Punkte hervorgehoben, die weiteren Kreisen nicht vorzuenthalten werden soll. Nachdem Brenano über die Organisationen der Arbeiter und Arbeitnehmer gesprochen hatte, schied er ungefähr folgendermaßen: Sie sehen auf beiden Seiten dieser Organisationen mit ähnlichen Kampfmitteln. Auf Seite der Arbeiter kommt es nun, nachdem die Arbeit ruht, zunächst darauf an, durch Aufstellen von Schildwachen und Posten Arbeitswillige abzuhalten, ihnen, die durch Annoncen und andere Mittel der Unternehmer herbeigekallt wurden, mitzuteilen, um was es sich handelt, sie zu bewegen, doch nicht hier in Arbeit zu treten. Das nennt man Postenfischen.

Genau dasselbe finden wir auf Seite der Arbeitgeber. Natürlich, die leben nicht wollen, die haben es nicht nötig! Der Arbeiter hat kein anderes Kampfmittel, um den ihm unbekanntem zuwandernden Arbeiter seine Mittelung zu machen; infolgedessen muß er auf Bahnhöfen, in der Nähe der Betriebsstätten seine Posten aufstellen. Der Arbeitgeber dagegen kennt genau die in Betracht kommenden Firmen; da giebt es Telefonen, Briefkasten, in denen sie einander mitteilt: Ich will fünf, du bist viele Arbeiter ausgehoben. Ich warne dich, sie zu beschäftigen. In neuester Zeit schlägt man es sogar auf der Börse an.

Da kommt nun die Schwierigkeit, unsere Gesetzgebung: Die Mittelungen der Arbeitgeber sind erlaubt, das Postenfischen der Arbeiter wird bestraft. Hier hört plötzlich die Gleichheit auf.

Hier haben Sie einen der allerhöchsten Punkte unserer modernen Gesetzgebung. Und da giebt es zudem Bestimmungen, welche dieses Postenfischen, das zur Zeit durch Gesetz nicht verboten ist, auch gesetzlich, nicht bloß polizeilich, bekämpfen möchten. Alle möglichen Auskunftsstellen hat man gebraucht; wenn ein Arbeiter — sagen wir auf einem Bahnhof — sich auf eine Post stellt, um zu sehen, ob da Arbeitswillige zuwandern, so wird er aufgefordert, fortzugehen und thut er das nicht, so folgt ihm die Polizei, er schreit laut, verhaftet wegen Widerstand gegen die Staatsgewalt, — oder der Betreffende setzt eine Notiz in die Zeitung: Achtung! dort und dort ist Streik! — er wird wegen groben Unfugs bestraft.

Doch, was soll ich meine Phantasie abquälen, und Ihnen all diese gewöhnlichen Maximen vortragen. Man hat selbst die Empfindung, daß dies eine bedenkliche Dehnung der gesetzlichen Bestimmungen ist, wenn man so solchen Mitteln greift, um die Arbeiter unterwürfig zu machen, sie zu nötigen, sich Arbeitsbedingungen gefallen zu lassen, denen sie als freie Verkäufer ihrer Arbeiter der Arbeit widerstreben. Und daß macht man sich nach der größten Intelligenz schuldig, daß man diese Vergräbungen nicht auch auf die Mittelungen der Arbeitgeber anwendet.

Das ist einer der größten Mißstände, diese Ungerechtigkeit — anders kann man nicht sagen —, die Ungerechtigkeit in der Handhabung der bestehenden Ordnung. Wohl § 152 der Gewerbeordnung: Alle Verabredungen und Vereinigungen behufs Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen sind nimmer gekraftet, aber — kann man hinzusetzen — wer von dieser Erlaubnis Gebrauch macht, wird eingeperrt!

Von politischen Kriegsschankplätzen kommt heute eine Meldung, die immerhin einigermaßen überraschend war, weil sie die Unfähigkeit der preussischen Regierung selbst für die optimistischen Beurteiler als ungemein groß erscheinen lassen muß. Der Kampf der mächtigen preussischen Regierung gegen die Polen hat eine Haupt- und Staatsaktion gegen — Studenten geteilt, bei der hauptsächlich schmutzige Denunziationen und Einschüchterungen im Spiele waren. Als die Vereinigung Berliner polnischer Studenten am Sonnabend in ihrem Stammtisch in der Kienstrasse einen Bierabend abhielt, wurde gegen 11 Uhr nachts das Haus von Schutzleuten eingezirkelt, während ein Polizeileutnant mit acht Schutzleuten in das Lokal drang und die Namen der anwesenden 20 Studenten feststellte. Verdächtige Schriften und Papiere wurden nicht gefunden, doch wurden zwei Studenten wegen Veranlassung einer nicht gemeldeten politischen Versammlung in Haft genommen.

Gleichzeitig wurden 14 Studenten polnischer Nationalität mittels 15 Kriminalbeamten verhaftet und nach dem Berliner Polizeigefängnis in Einzelhaft gebracht, von wo sie dann Sonntag vormittag nach stattgehabtem Verhör wieder entlassen wurden.

Als eine nicht angemeldete politische Versammlung! Und deshalb ein Massenarrest von Schülern und Verhaftungen. Die Regierung hat selbst aus dem für sie so wenig glücklich verlaufenen Kampfe gegen die Sozialdemokratie nichts gelernt. Wenn irgend etwas die Polen noch mehr zusammenschmeiden kann, dann diese Maßnahmen.

Der Duellwörter Fallshagen ist gestern in Hannover abgeurteilt worden. Er hat sechs Jahre Festung erhalten. Die Verhandlung fand in voller Öffentlichkeit statt, nur während der Vernehmung der Frau v. Bennigsen wurde die Öffentlichkeit ausgeschlossen. Der Antrag des „Leinen-Vublikums war enorm. Vor Beginn der Verhandlung stellte der Vorstehende fest, daß die Mitteilungen der Berliner Sensationspresse über das Verhalten des Angeklagten nach dem Duell nicht der Wahrheit entsprechen. Fallshagen gab zu, daß er seit 1900 mit Frau v. Bennigsen in intimer Verkehr gestanden habe. Er habe geglaubt, er würde auf dem Wege bleiben, da ihm v. Bennigsen als guter Schütze bekannt war. Der Staatsanwaltschaft habe er sich nicht sofort gekannt, weil er sich durch ein vorher ergebendes Ehrenwort, nichts über das Duell zu veröffentlichen zu lassen, nicht die Presse etwas darüber bringen, gefunden glaubte.

Der Staatsanwalt beantragte acht Jahre Festung. In seinem Plaidoyer versuchte er, die Frage des Duells prinzipiell anganzustellen. Die Anklage, die Tötung im Duell dem Morde und Totschlag gleichzustellen, so führte er aus, sei ganz unmöglich. Eine Reform würde möglich sein in der Verhängung der Strafbestimmungen für in frivolster Weise heraufbeschworene Fälle. Er glaube aber nicht, daß die Sitten und Gebräuche, die seit Jahrzehnten im Volke (!) wurzeln, durch Reformen abgändert sind. Wenn

es für ein Duell einen Anlaß gebe, so liege er hier vor. Aber niemand wäre berechtigt gewesen, Herrn v. Bennigsen einen Vorwurf zu machen, wenn es auch mündlich erster Entschließung, aus Mitleid auf seine Kinder und Familie nicht zum Duell geschritten wäre, aber auch ebensowenig, wenn er aus einer anderen Auffassung heraus zum Duell schritt. Man müsse wohl sagen, daß die Forderung menschlich berechtigt war. Der Gerichtshof berücksichtigte bei der Strafzumessung, daß der Angeklagte von der um mehrere Jahre älteren Frau v. Bennigsen verlobt worden sei.

Was der Staatsanwalt da geredet hat, hört sich ja ganz schön an. Gewiß, Volksgewohnheiten lassen sich nicht so schnell austrocknen. Aber hindern denn die beabsichtigten Junker und die bourgeoisen Wächter das Volk? Den wirklichen Volksgewohnheiten gegenüber verhält die Justiz ganz anders. Das Haberfeldstreben in Bayern war ein Volksgewohnheit. Hat man auf sein jahrhundertlanges Alter Rücksicht genommen? Mit Judthaus und Gefängnis hat man es rücksichtslos auszurotten versucht? Und wie verhält man gegen die Kirmeßraufereien der Bauernburden, die doch auch ein Volksgewohnheit sind, viel mehr als die Duellchöre?!

Es ist eine eigene Sache mit der Logik und Konsequenz der preussischen Staatsanwälte.

Die Vorlegung eines Gesetzentwurfs betreffend das Vereins- und Versammlungsrecht verlangte der weimarische Landtag einstimmig auf eine Eingabe des Sozialdemokratischen Vereins in Gienand.

Eine weitere Nachwahl zum Reichstage macht sich notwendig; Gemein ist der Abgeordnete für den 14. hannoverschen Wahlkreis (Gelle-Giffhorn), der Wese-Freier v. Bahm erstein gestorben. Jemand eine besondere politische Wirksamkeit hat der Verstorbene nicht entfaltet.

Herr v. Hammerstein hat das Mandat 1898 erst in der Stichwahl erhalten und zwar nur deshalb, weil unsere Parteigenossen für ihn stimmten. In der Hauptwahl wurden abgegeben: für den Nationalliberalen 7749, für den Konservativen 1158, für den Freijüngling (Vereinigung) 2192, für den Welsen 5521, für den Sozialdemokraten 5033 Stimmen. In der Stichwahl siegte dann der Wese mit 13 711 Stimmen gegen 9891 Stimmen, die auf den Nationalliberalen fielen. Es ist wahrscheinlich, daß diesmal unser Kandidat in die Stichwahl kommt. Ob die Welsen dann auch für uns stimmen werden?

In Rastenburg-Gerdauen-Friedland wird bereits mit der Ausführung behördlicher Widerstände begonnen. In Gerdauen hat der Bürgermeister die Anfertigung von Abschriften der Wählerlisten als „unzulässig“ verweigert. Wenn der Bürgermeister nicht noch rechtzeitig von der Regierung eines Besizers befehligt wird, dann ist der erste Grund für eine ev. Ungültigkeitserklärung der Wahl geschaffen.

Wegen Mißhandlung und Freiheitsberaubung wurden die Schutzleute Feinwald und Hellwig in Königsberg zu sieben resp. vier Monaten Gefängnis verurteilt. Dem ersten wurde außerdem noch die Fähigkeit zur Befeldigung öffentlicher Aemter auf die Dauer von zwei Jahren abgesprochen.

Ein Amtsblatt-Redakteur. Dieser Tage wurde in Werbau eine Textilarbeiter-Versammlung abgehalten, in der der anwesende Redakteur Müller vom Tagelohn von einem Arbeiter persönlich angegriffen wurde. Hierauf meldete sich der v. Müller zum Wort und erklärte:

Meine Herren! Ich bin nicht hierher gekommen, mich an der Diskussion zu beteiligen, sondern um zu lernen. (Bravo!) Und ich muß sagen, daß ich aus den hochintelligenten und äußerst lehrreichen Worten Ihrer geehrten Referenten heute viel, sehr viel gelernt habe. Es liegt also nur in Ihrem eigenen Interesse, wenn Sie mich deshalb nicht persönlich angreifen. (Sehr richtig.)

Die Versammlung stimmte diesen Worten zu und der folgende Redner, der mit dem Werbauer Tagelohn sehr ins Gericht ging, erklärte ausdrücklich, daß er bei der Kritik den Herrn M. ausschließlich. Letzterer erklärte nun, daß man ihn auch für frühere Sünden des Blattes nicht verantwortlich machen könne, da er noch nicht lange angestellt sei. Und nun vergleihe man mit diesen Worten die Thaten des Amtsblatt-Redakteurs. Derselbe Herr Müller bringt es nämlich fertig, über die Versammlung folgenden Bericht zu bringen:

Am Sonnabend abend fand im Vergerle eine öffentliche Textilarbeiter-Versammlung statt, in der Frau Dr. Mola Vurmberg über die bürgerliche Sozialreform und die Aufgaben der Gewerkschaften referierte. Was die Rednerin vorbrachte, war nichts Neues; Der Inhalt ihrer Rede war ein Gemisch aus Schicksal und Geschichte. Die Rednerin, wie sie über den genannten Gegenstand in den sozialdemokratischen Blättern gana und gade find. Nur der eine Unterschied bestand, daß sie ihren Hörern die elle geistige Kraft durch etwas Wis und John schmachtet zu machen versuchte. An den Vortrag schloß sich eine Diskussion an, die bis gegen Mitternacht dauerte. Zur Versammlung kamen sich 20 Personen erschienen. Der Bericht war also sehr bedeutend stärker, trotzdem die Rednerin zu den Parteigenossen gehört.

Sie ist jeder Kommentar überflüssig!

Ausland.

Belgien. Für das allgemeine Wahlrecht haben am Sonntag im Lande große Versammlungen stattgefunden. Besonders in Charleroi waren die Versammlungen sehr stark besucht. Von dort wurde ein Telegramm an den König geschickt, worin im Namen von 15 000 Proletariats das allgemeine Wahlrecht gefordert wird. Die Regierung hält in Brüssel große Gendarmen- und Polizeimärsche in Bereitschaft, da sie wieder Straßen-demonstrationen befürchtet.

Italien. Der Papst soll wieder einmal bedenkliche Schwächeanfalle gehabt haben.

England. Der englisch-japanische Zweifund. In der Daily News findet der mit Japan abgeschlossene Vertrag eine abbrechende Kritik. Der Vertrag binde England die Hände, und wenn es auch nicht sofort zu einem Kriege komme, so könne doch der Moment eintreten, wo England mit England ein freundschaftliches Auge zu bleiben wünsche. Angenommen, so lagt das genannte Blatt, daß zwischen Japan und England ein Krieg ausbricht, und daß Frankreich sich England anschließt, so muß England, obwohl es keinerlei Differenzen mit den beiden verbündeten Ländern hat, doch zu den Waffen greifen und auf allen Punkten der Erde Japan zu Hilfe eilen. Das einzige Land, was von dem Vertrag Nutzen ziehen, sei China.

Amerika. Internationaler Boykott. Die sozialistische Partei der Vereinigten Staaten macht durch ihr Nationalkomitee bekannt, daß sie beschließen habe, mit aller Energie die Welt-Ausstellung von St. Louis zu boykottieren. Die Direktion dieser Ausstellung hat bei den Arbeitern die organisierten Arbeiter systematisch ferngehalten. Der Arbeiterbund hat sich deshalb an alle Gewerkschaften und an die sozialistische Partei gewandt. Die letztere fordert die sozialistischen Parteien aller Länder auf, Kredite, die in den Parlamenten für diese Ausstellung verlangt wurden, nicht zu bewilligen.

Amerika. Ein Aufruhr ist in dem benesolanischen Staate Carabobo ausgebrochen. Die Regierungstruppen sollen in zwei Geschießen eine Niederlage erlitten haben.

Der Krieg in Südafrika.

Zwei Schlägen haben die Buren den Engländern wieder einmal ausgeführt. Am 12. Februar wurde bei Kintyre eine Abteilung brenner Infanterie nach einem Verlust von 150, nach einer anderen 800 Mann fielen, von den Buren überfallen. Zwölf Mann wurden getötet, 45 verwundet, darunter mehrere Offiziere. Als Entschädigung für diese Niederlage führt die englische Zeitung Standard an, daß die überfallenen Truppen erst kurz vorher aus England geflogen seien; die meisten Mannschaften hätten noch nie einen Marsch gemacht. Für die englische Heeresleitung ist diese Entschädigung nicht gerade schmeichelhaft.

Nach einem Telegramm St. Michaels ist es ferner den Buren am 10. Februar gelungen, eine Abteilung südafrikanischer Polizei bei Bantouersdorp zurückzuwerfen. Die Engländer erlitten auch hier große Verluste.

Zum Zollkrieg.

Protest einer christlichen Gewerkschaft gegen den Brotwucher. Der christliche Gewerbeverein der Ziegler hat auf seiner Generalversammlung einen Antrag angenommen, welcher die Mitglieder auffordert, ihre Gegnerzeitung gegen die Zolltarifvorlage außerhalb des rein wirtschaftlichen Zwecks verfolgenden Gewerbevereins zu betätigen, dabei bringt der Antrag aber zum Ausdruck, daß die Ziegler Gegner der Vorlage sind.

Dieser Antrag war das Resultat eines Kompromisses, welcher auf der Generalversammlung nach langen Verhandlungen geschlossen wurde. Es lagen eine Anzahl Anträge vor, eine Petition gegen die Zolltarifvorlage an den Reichstag zu erlassen und eine Protestkündigung zu lassen. Nur dem vermittelnden Eingreifen einiger Delegierten ist es zu danken, daß es über die Frage nicht zum offenen Bruch zwischen dem Vorstehenden des Verbandes, welcher über den Punkt nicht verhandeln lassen wollte, und der Mehrheit der Delegierten kam. Für ihre „unvernünftige“ Stellung zu dem Brotwucher werden die Ziegler vom katholischen „Arbeiterfreund“ Giesbert in der Westdeutschen Arbeiterzeitung gerüffelt.

Gewerkschaftliches.

Die Ausbesserung der Textilarbeiter in Greiz. Die Ausbesserer erlangen einen Anruf an die Arbeiterzeitung. Die Arbeiter und Weberinnen der Firma Gebr. Albert in Greiz wurden wiederholt vorstellig um Aufbesserung der Löhne; sie legten hierzu einen von den vereinigten Lohnkommissionen der Greiz-Gerezer Brande ausgearbeiteten Lohntarif vor. Der neu ausgearbeitete Tarif sah eine zehnprozentige Volvermehrung auf den 1890er Lohntarif vor, welcher zur Zeit von den Arbeitgebern den Arbeitern angewiesen wurde. Die Lohnnehmer verweigerten den Arbeitern im Jahre 1890 auf Ehrenwort, den Tarif auch fernerhin hochzuhalten, aber sehr bald mußten die Arbeiter erfahren, daß die Unternehmer ihr Ehrenwort brechen, wenn ihnen der Profit nicht hoch genug erachtet; und so kam es, daß der Tarif von der Mehrzahl der Fabrikarbeitereinschläger durchbrochen wurde, daß nur ein einziger Arbeiter den Tarif hoch hielt.

Die chronischen Kriegen, welche seit dem Jahre 1890 bis vor kurzem anhielten, erleichterten es den Unternehmern, die Löhne in der schätzbaren Weise herabzudrücken. Nach den uns vorliegenden Lohntarifen können wir mit Bestimmtheit behaupten, daß die jährlichen Durchschnittslöhne der Weber 500 bis 550 Mark, die der Schneider 300 bis 400 Mark bei einer täglichen Arbeitszeit von elf Stunden betragen. Berücksichtigt man noch werden, daß die Fabrikanten verstehen, durch ein raffiniertes Strafenystem den Arbeitern selbst die Schuld für die kleinsten Fehler in der Ware aufzubürden, obwohl die Schuld vielmehr nicht die Arbeiter sondern das schlechte Rohmaterial trifft, erhebliche Lohnabzüge zu machen.

Bezüglich der Behandlung der Arbeiter muß auch hier gesagt werden, daß die Arbeiter die unwürdige Kontrolle über sich ergehen lassen müssen, den ganzen Tag in die Arbeitsräume wie Zuchthäuser eingesperrt, auch werden sie noch in verächtlichen Vertrieben auf ihre Ehrlichkeit kontrolliert.

Alle diese Zustände haben die Arbeiter in die Lohnbewegung hineingetrieben. Die Arbeiter haben zunächst diejenigen Firmen in Angriff genommen, welche die oberlichsten Löhne bezahlten, und brachten dieselben dazu, daß sie die Löhne auf die Höhe des 1890er Tarifs setzten.

Die Unternehmer des Fabrikantenvereins hatten bereits im Jahre 1890 erklärt, die Löhne weiter erhöhen zu wollen, wenn die Lohnbewegung in den benachbarten Städten heftig wird. Diese Konkurrenz ist nun zum Teil beendigt, und wir wendeten uns deshalb an den Fabrikantenverein und erinnerten denselben an das uns vor längerer Zeit gegebene Versprechen.

Der Fabrikantenverein erkannte aber unsere Zentrallohnkommission der organisierten Textilarbeiter als nicht zuständig an und antwortete überhaupt nicht auf unsere Eingabe.

Nach verschiedenen fruchtlosen Vorstellungen beim Chef der Firma Albert erklärte derselbe, bis Montag, den 10. d. M., früh bestimmte Antwort zu geben. Als am genannten Tage die Arbeiter früh zur Arbeit kamen, fanden sie einen Anschlag vor, worin die bestimmte Erklärung abgegeben wurde, daß die Forderungen der Arbeiter vom Fabrikantenverein abgewiesen seien. Sollten die Arbeiter der Firma Gebr. Albert in den Streik eintreten, so würde der Fabrikantenverein (15 Firmen) seine Arbeiter ausbessern.

Dieser Anschlag zeitigte unter den Arbeitern die furchtbare Erregung, so daß sämtliche Arbeiter u. Arbeiterinnen einmütig die Arbeit niederlegten.

Dieser Anschlag zeitigte unter den Arbeitern die furchtbare Erregung, so daß sämtliche Arbeiter u. Arbeiterinnen einmütig die Arbeit niederlegten. Die Erregung der Arbeiter hierauf war groß, so daß die Leiter der Bewegung alle Mäße hatten, die Arbeiter an den Arbeitsplätzen bis zur Ausbesserung zu erhalten.

Dieser Anschlag zeitigte unter den Arbeitern die furchtbare Erregung, so daß sämtliche Arbeiter u. Arbeiterinnen einmütig die Arbeit niederlegten. Die Erregung der Arbeiter hierauf war groß, so daß die Leiter der Bewegung alle Mäße hatten, die Arbeiter an den Arbeitsplätzen bis zur Ausbesserung zu erhalten.

Dieser Anschlag zeitigte unter den Arbeitern die furchtbare Erregung, so daß sämtliche Arbeiter u. Arbeiterinnen einmütig die Arbeit niederlegten. Die Erregung der Arbeiter hierauf war groß, so daß die Leiter der Bewegung alle Mäße hatten, die Arbeiter an den Arbeitsplätzen bis zur Ausbesserung zu erhalten.

Dieser Anschlag zeitigte unter den Arbeitern die furchtbare Erregung, so daß sämtliche Arbeiter u. Arbeiterinnen einmütig die Arbeit niederlegten. Die Erregung der Arbeiter hierauf war groß, so daß die Leiter der Bewegung alle Mäße hatten, die Arbeiter an den Arbeitsplätzen bis zur Ausbesserung zu erhalten.

Dieser Anschlag zeitigte unter den Arbeitern die furchtbare Erregung, so daß sämtliche Arbeiter u. Arbeiterinnen einmütig die Arbeit niederlegten. Die Erregung der Arbeiter hierauf war groß, so daß die Leiter der Bewegung alle Mäße hatten, die Arbeiter an den Arbeitsplätzen bis zur Ausbesserung zu erhalten.

Dieser Anschlag zeitigte unter den Arbeitern die furchtbare Erregung, so daß sämtliche Arbeiter u. Arbeiterinnen einmütig die Arbeit niederlegten. Die Erregung der Arbeiter hierauf war groß, so daß die Leiter der Bewegung alle Mäße hatten, die Arbeiter an den Arbeitsplätzen bis zur Ausbesserung zu erhalten.

Neu aufgenommen:

Posamenten, Spitzen, Bänder
und sämtliche zur Schneiderei gebrauchten Artikel.
Verkauf zu auffallend billigen, streng festen Preisen.
Martin Giesenow, Gr. Ulrichstrasse 58.

Mittwoch den 19. Februar abends 8 Uhr
allgem. Buchdrucker-Versammlung
im „Englischen Hof“, Gr. Berlin 14.
Tagesordnung: Beschlußfassende Maßnahmen zur weiteren örtlichen Tarifdurchführung.

Konsum-Verein für Halle-Giebichenstein und Umgebung. C. G. m. b. H.
Donnerstag den 20. Februar 1902 abends 8 1/2 Uhr auf der „Wilhelmshöhe“, Burgstraße
ausserordtl. Generalversammlung.

Tagesordnung: 1. Erziehung zum Vorstand. Der Aufsichtsrat. Freilichmachung. Scene.
Nur Mitglieder gegen Vorweisung der Legitimation haben Zutritt.

Die Nordhäuser Kautabakarbeiter-Gesellschaft C. G. m. b. H.
empfiehlt ihre vorzüglichen Kautabake allen Arbeitern und Parteigenossen aufs Angelegentlichste.
Agent für Halle und Umgegend: Herr Fritz Schneckenburger, Halle, Albrechtstraße 24.

Achtung!
Verein der selbstständigen Handelsleute
zu Halle a. S.
Sonabend den 22. Februar ev. findet unser **Masken-Ball**
in den feierlich decorierten Räumen des „Konzerthauses“, Carlstr. 14, statt. Anfang 8 Uhr. Musik ununterbrochen von 2 Kapellen. Karten sind bei allen Mitgliefern sowie im Restlokal zu haben. Ohne Karte kein Zutritt. Der Vorstand.

„Frisch auf“, Bitterfeld.
Sonntag den 23. Februar abends 7 1/2 Uhr
Knappenball mit Kunst- und Reigenfahren.
Ohne Karte kein Zutritt. Der Vorsitzende.

Apollo-Theater.
Direktion: Gustav Poller.
Nur noch 3 Tage
Gastspiel von Mme.
Ada Colley
„Die australische Nachtigall“
und das übrige **Glanzprogramm.**
Erhöhte Eintrittspreise: Loge 2 Mk., 1. Rang 1.50, Mittelloge 1.25, 1. Parquet 1, 2. Parquet 75 Pf., 2. Rang 50 Pf.
Während der Dauer des Gastspiels sind sämtliche Vaportourts und Preisermäßigungen aufgehoben.
Vorverkauf im Theater-Bureau täglich 11-5 Uhr.

Stadt-Theater Halle a. S.
Mittwoch den 19. Februar 1902 abends 7 1/2 Uhr:
156. Vorst. i. B. M. 111. Abom. Vorst. 4. Viertel. Farbe blau.
Alt-Heidelberg.
Schauspiel in 5 Akten von Wilhelm Meyer-Förster.

Donnerstag den 20. Februar 1902 abends 7 1/2 Uhr:
157. Vorst. i. B. M. 112. Abom. Vorst. 1. Viertel. Farbe gelb.
Die Hochzeit des Figaro.
Weiteres Drama in 4 Aufzügen. Musik von B. A. Mozart.

Walhalla-Theater
Direktion: Richard Schubert.
Der neue brillante Spielplan:
The Louisiana
Amazon-Guard
genannt
Das schwarze Hebertretl.
(Transformations-Szene in vier Bildern.)
6 schwarze Damen aus dem Staate Louisiana.
Die grösste Sensation der Saison.
Ohne jede Konkurrenz.
Zum ersten Male in Europa.

Die **Matweef-Fugoston-Truppe**
Königliche Tanz-Akrobaten
in ihrem einzig dastehenden Leistungen
The Walleno's.
Doppel-Konjoleure u. Equilibristen.
Bobby u. Blank.
Musikalische Exzellenzen - Burlesk-Comödianten
Wallno u. Marinette.
Grösste und Wirbelwind-Tänzer.
The two Blackwoods.
Zauber-Parodisten.
Margarethe Gaston.
Bermundungs-Comödienne.
Max Zerner.
Gefangs- und Charakter-Comorist.
American-Bioscope.
Sensation. Lebende Photographicen.
Anfang 8 Uhr. Ende geg. 11 Uhr.

Jeden Mittwoch **Schlachte-Fest.**
Oskar Heller,
Steinweg 32.
Telephon 2179.
Dienstag **Schlachte-Fest.**
Wilh. Hitzschke, Zeis, Carlstr. 23.
Soeben erschienen:
Simplicissimus
Nr. 48.
Zu beziehen durch die **Volksbuchhandlung, Geißstraße 21.**

Schablonen
zum Zeichnen der Wäsche,
zum Signieren von Rifen, Säcken etc.
**Monogramme, Languetten,
Kreuzstichmonogramme**
empfiehlt in größter Auswahl
Otto Unbekannt
Grosse Ulrichstrasse 1a.

Hierdurch teile ich einem werthen Publikum von Halle und Umgegend mit, daß ich mit dem heutigen Tage
Steinweg 7,
Nähe der Französischen Stiftungen, einen
Schnittmuster-Verkauf
meine Ateliers eröffnet habe.
Dies mein neues Unternehmen dem frdl. Wohlwollen der geehrten Damenwelt bei Bedarf bestens empfehlend, bemerke ich noch, daß alle neuen Schnitte zur bevorstehenden Frühjahrs-Saison für Damen-, Mädchen- und Knaben-Garderoben und Wäsche schon vorräthig sind.
Sachachtungsvoll **Marie Tabden**
Schnittmuster-Atelier, Bernburgerstr. 30.

Im Sturmschritt
jagen sich heute die Erfindungen. Im Wettlauf der Waschmittel ist Dr. Thompson's Seifenpulver Marke SCHWAN, das erste aller Seifenpulver, unerreicht an der Spitze, weil es noch heute von derselben über-trefflichen Güte ist wie damals, als es das einzige Seifenpulver war.
Zu haben in allen besseren Handlungen!

Verehrte Hausfrau!
Hecht Frank
Von dem allerbesten aller Kaffee-Zusätze
brauchen Sie **viel weniger** zu nehmen, wie von anderen billigeren Zusätzen und erhalten doch ein viel wohlschmeckenderes, kräftigeres, gesünderes, farb-reicheres Getränk.
In der **Ausgiebigkeit** liegt die wahre **Billigkeit.**
Sie erkennen Hecht Frank an dieser Schutzmarke: und Unterschrift:
Rheinrich Frank Sohn
Ludwigslust etc. Bad. Nauendorf
SCHUTZMARKE

Als passende Geschenke
empfiehlt folgende Werke:
Kautsky, Marx ökonomische Lehren. Brosch. 1.50, geb. 2.— Mk.
Keller, Welterschöpfung und Weltuntergang. Brosch. 3.—, geb. 3.50 Mk.
Die landw. Arbeitserfrage. Geb. 2.— Mk.
Wessely, Thomas Morus und seine Apologie. 2.— Mk.
Wobert, Charles Fourier. Geb. 2.50 Mk.
Horn, Philosophie Spinozas. Brosch. 1.—, geb. 1.50 Mk.
Wobert, P. E. Frau und der Sozialismus. Brosch. 2.—, geb. 2.50 Mk.
Lissagans, Geschichte der Kommune. Brosch. 3.—, gebunden 3.50 Mk.
Engels, Airsprung der Familie. Brosch. 1.—, gebunden 1.50 Mk.
Marx, Das Gend der Philosophie. Brosch. 1.50, gebunden 2.— Mk.
Kautsky, Das Gend der Programm. Brosch. 1.50, gebunden 2.— Mk.
Stephan, Der russische Bauer. Brosch. 1.50, gebunden 2.— Mk.
Dr. Simon, Gesundheitspflege des Weibes. Brosch. 2.—, geb. 2.50 Mk.
Bismarck, Die Bismarck. 7.10 Mk.
Littérarisches Reden und Schriften in 3 Bänden 14.50 Mk.
Haller, Das natürliche Werden der Lebewesen. 3.75 Mk.
Krauß, Das Werden des Menschen im Mutterleib. 8.— Mk.
Geschichte der deutschen Literatur. 2 Bände. 17.— Mk.
Fichtel, Praktische Religionslehre. 6 Bände à 5.50 Mk.
Fichtel, Gerechtigkeit und ihre Verwirklichung. 5.— Mk.
Dr. Heering, Die Lessing-Legende. Brosch. 3.—, gebunden 3.50 Mk.
Eltene Kabel und der literarische Kommunismus. Geb. 2.— Mk.
Dr. Hagen, Katholische und soziale Religion. Brosch. 1.50, geb. 2.— Mk.
Pfeiffer, Dr. G. Schrenkschewsky. Brosch. 2.50, gebunden 3.— Mk.
Engels, Eugen Dührings Aunehmung der Wissenschaft. Brosch. 2.50, geb. 3.— Mk.
Sung, Die englische Gewerkevereinsbewegung. 1.50 Mk.
Karl Marx, Revolution und soziale Revolution in Deutschland. Brosch. 1.50, geb. 2.— Mk.
Peters, Der Glaube an die Auferstehung. Brosch. 2.—, geb. 2.50 Mk.
Dr. A. Pöbel, Aus Leben und Wissenschaft. Brosch. 4.40, geb. 5.20 Mk.
Sung, Arbeiterbewegung und sozialistischer Sozialismus in England. Brosch. 2.—, geb. 2.50 Mk.
Die Armee der Demokratie. Brosch. 4.—, geb. 4.60 Mk.
Dr. Wess, Die transjüdische Revolution. Brosch. 4.—, geb. 5.50 Mk.
Littérarische Prosaübersetzungen. 3.50 Mk.
Zimmert, Geschichte der Erde. 5.50 Mk.
Dr. Wess, Praktischer Naturkundig. 6.70 Mk.
Langhaas, Der Mensch und seine Rassen. 3.50 Mk.
Dr. Wess, Die deutsche Revolution. 5.70 Mk.
Zimmert, P. E. Pflanzensystem. 5.50 Mk.
Wissenschaftliche Welt der Erziehung.
Dr. Krauß, Krankheit oder Verbrechen. 2 Bände. 16.— Mk.

Zu beziehen durch die **Volksbuchhandlung, Geißstraße 21.**

Erprobtes Haarenmittel
ist mein selbstgefodhter, schwarzer **Johannesbeerlaft.**
Karl Krütgen,
Universal-Parfümerie
Merseburgerstraße.

Frauen und Mädchen,
welche das Mäntelnähen erlernen wollen, können sich melden bei **Gebr. Serrnau**

Gesetztes Mädchen,
nicht unter 20 Jahren, welches etwas nähen kann und etwas Hausarbeit mit übernehmend, sauber, zuverlässig und anständig sein muß, kann sofort oder später bei hohem Gehalt an-treten. Noch mehr Verjonal vor-handen. Zu erfragen bei **Rudolf Wasse, Stadterstraße.**

Mus!
Selbstgefodht. süßes Pflanzenmus
à Bid. 20 Pf., 5 Bid. 90 Pf.
Wittelsindstraße 32 im Hof.

Geübte Mäntelnäherinnen
gehucht. **Gebr. Serrnau.**
Den Wehrlichen Schwestern zur silbernen Hochzeit ein dreimal domer-tres Godd, daß die ganze Hofkirche wackelt und Theodor mit seiner Friede-rite in der Stube zum jappelt.
Mehrere Kinder.

Schreibmaterialien
empfiehlt
Die Volksbuchhandlung.

Beilage zum Volksblatt.

Deutscher Reichstag.

145. Sitzung, Montag den 17. Februar 1902, 1 Uhr.
Im Bundesratszimmer, v. Goshler.
Auf der Tagesordnung steht die 2. Lesung des
Militärgesetzes.

Hierzu liegt eine Resolution von dem (Frei). (Volksb.) vor, der die verbündeten Regierungen erwidern, gegen das Duell- und die Disziplinarmittel mit allen disziplinarischen und gesetzlichen Mitteln vorzugehen.

Die Beratung beginnt mit den fortlaufenden Ausgaben, Art. 1. Gehalt des Kriegsministers.
Abg. **Yenzmann** (Frei). Volksb. befragt seine Resolution. Die Duelle haben sich ja etwas gemindert, seitdem einschneidende Bestimmungen von Seiten des obersten Kriegsherrn erlassen worden sind. Wirklich wirksam kann aber nur ein absolutes Duellverbot durch den obersten Kriegsherrn sein. Ich will ja zugeben, daß in gewissen Fällen nach der subjektiven Auffassung des in seiner Ehre Gefährdeten die Verwendung des Gewehrs geboten sein kann. Wenn aber einer aus ehrenhaften Motiven gegen das Gesetz handelt, mag er auch die Folgen tragen und aus der Armee ausscheiden. Natürlich dürfte ein in Unflathen nicht wieder in die Armee aufgenommen werden. Mögen die Offiziere darin ihre Ehre finden, jeden Versuch eines Duells zu vermeiden. Meine Resolution soll erst dem Kaiser der Krone die Ansicht meiner Volksgenossen darlegen. (Bravo! links.)

Abg. Dr. **Bachem** (Chr.): Wir werden zwar für die Resolution stimmen; der Ansicht des Herrn Yenzmann aber, daß das Duell in manchen Fällen besonders charaktervoll sei, kann ich nicht anerkennen. Ich erkenne vielmehr die Selbsttätigkeit als notwendig an. Nebenher müßte die Bayern, deren Grund und Boden zu Grenzgerichten benutzt wird, durch andere Hand entschädigt werden, sowie Entschädigung der durch Mauerüberläufer Geschädigten. Heute müssen die einzelnen Kreise den Betroffenen Hilfe leisten. Weiter ist mir mitgeteilt worden, daß am Fronleibnamstage Soldaten von einer Leberung rückwärts ziehen ließen, nachdem die Katholiken der unter waren. Auch hat in Köln ein Hauptmann v. Marischall gegen die Jesuiten einen Vortrag gehalten. Selbst wenn der Hauptmann durch verurteilende Schriften gegen die Jesuiten verleitet worden ist, sollte der Herr Kriegsminister hier doch energisch einschreiten. (Bravo! im Zentrum.)

Kriegsminister **von Goshler** (Frei). Die Resolutionen sind anlangt, und solche die in hohem Maße gefordert werden, daß ihre Gewährung unmöglich war. — Die Beförderung von Soldaten am Fronleibnamstage verleihe ich. — Der Hauptmann v. Marischall hat einen Appell verlesen und daran eine Belegung geknüpft. Darin hat er gesagt, daß, so lange in Deutschland die Jesuiten nicht aufgelöst würden, Soldaten sich an Erhängen für diese nicht heiligen Wägen. Freilich hätte er seinen Ruf besser wahren können, von einer Beleidigung der Jesuiten kann aber gar keine Rede sein. Durch irgendwelche Druckmittel wurde Herr v. Marischall nicht beeinflusst.

Abg. **Webel** (Soz.): Die Darstellung des Köhler-Vorganges von Seiten des Herrn Bachem scheint ja durch die Ausführungen des Herrn Kriegsministers bestätigt zu sein. Nicht ist ja, daß vorgesetzt gelangt wird, es werde keine Kritik in der Armee geschrieben, aber diese Behauptung stimmt mit den Thatsachen wenig überein. Wenn Herr Bachem im Namen seiner Partei Einspruch erheben zu müssen glaubt, daß in der Armee gegen die Jesuiten gesprochen wird, dann mögen sich die Jesuiten mit den Sozialdemokraten treffen. Was ihnen in einem Briefe mitgeteilt ist, dürfte sich nicht als Sozialdemokraten, sondern als Nachrichten in Tausenden von Fällen. Die Sozialdemokraten sind in der Armee vogelfrei und es ist nur verwunderlich, daß immer noch Sozialdemokraten zum Militärdienst eingezogen werden. Wenn übrigens Herr Bachem von Kampfbüchern gegen die Jesuiten spricht, so werden meist mehr Kampfbücher unter den Augen der Armee vertrieben als gegen die Sozialdemokraten verbreitet. Herr Bachem hat darauf hingewiesen, daß durch die Schaffung von Grenzgerichten ganze Dörfer vom Erdboden rasiert werden müssen. Wir haben auch stets dagegen gestimmt, und wenn Herr Bachem dann meint, man solle evaporierten Bauern vorerzählte Domänen zum Eigentum geben, so will ich mich nicht gerade erheben, das Eigentum in dieser Weise parzelliert werden soll. Wir sind prinzipiell für die Vermehrung des Staatseigentums. Das Truppenübungsplatz vom Standpunkt der Kriegsverwaltung nötig sind, läßt sich ja nicht leugnen, dann möge man aber überhaupt nur Staatseigentum für solche Übungsplätze verwenden.

Weiter frage ich den Kriegsminister: Ist es richtig, daß Barackenbauten in der Nähe des polnischen Staatsgrenzes in Angriff genommen sind, um dort für die Garnisonierung von zwei Bataillonen Platz zu schaffen? Aus welchen Fonds sollen die Mittel für diese Bauten beschafft werden? In den Etat sind sie nicht eingestellt.

Sie können nur auf einen Weg, den ich schon im März 1898 hier erörtert habe. Es handelt sich um den Hauptmann a. D. Kuthmer, früher Chef der 3. Batterie im Feldartillerieregiment Nr. 31 in Jagowen u. G. Dieser Hauptmann ist seiner Zeit beim Wandler, als er nicht vor einem Gericht stand, durch die Ungeheuerlichkeit und Feindschaft eines Meeresleutnants angefallen worden und infolge der Verlegung beider Armeen erblindet. Der Meeresleutnant wurde zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt. Dem Hauptmann, der ungescholten ein vorzügliches Offizier war, wurde im Kriegsgerichtsverfahren vorgeworfen, daß er selbst durch Unvorsichtigkeit den Schaden mitverursacht habe. Kuthmer hat nun neuerdings eine Broschüre veröffentlicht, die Verurteilung der gemeinen Kriegsgerichtsverfahren im Falle Kuthmer. Ich befragte hierin, daß die Angaben die damals der Kriegsminister infolge meiner Rede machte, der Wahrheit nicht entsprechen und schuldig den Verdacht seines Regiments des Meines und der großen Zerküftung. Er selbst habe als Hauptmann den betreffenden Meeresleutnant als vollkommen unblutig bezeichnet, während in dem Qualifikationsbescheid des Meeresleutnants stand, und dieser falsche Bericht ist von dem Obersten dann beschworen worden. Der blinde Mann ließ den Meeresleutnant fordern, sein Kartellträger oder indue durch einen beleidigenden Brief dienen zu zwingen, ihn selbst zu fordern. Der Meeresleutnant demüthigt den Kartellträger, beim Dörchen und ein militärisches Ehrenwort hat schließlich den Meeresleutnant mit höchstem Absicht entlassen und dem Kartellträger einen Beweis wegen des beleidigenden Briefes erteilt. Kuthmer hat den Meeresleutnant auf Schadenersatz verklagt, und sämtliche Zivilgerichte, die ich viel objektiver in militärischen Dingen zeigten, als das Militärgericht, darunter auch das Reichsgericht, haben ihm Recht gegeben und den Meeresleutnant zur vollen Leistung des Schadens verurteilt. Ich wollte diese Fälle hier vortragen, weil im Jahre 1898 der Kriegsminister und der Generaladjutant Attenbach eine Darstellung der Sache gegeben hat, die auf den unglücklichen Hauptmann Kuthmer Schatten werfen müßte. Davon will ich ihn befreien.

Weiter die Duellfrage. Ich habe mich in der letzten Zeit sehr häufig unterhalten. Das Duell wird nicht eher verschwinden, bis nicht der Duellant mit höchstem Absicht aus der Armee entlassen wird. Bei den Fällen, die die öffentliche

Meinung in der letzten Zeit fast ausschließlich haben, hat der Duellist eine erhebliche Rolle gespielt. Bei der Qualifikation der Offiziere — und ich darf es nicht außer Acht lassen — wird beachtet, daß ein Offizier, der sich durch ein Duell verurteilt hat, nicht mehr zum Dienst befähigt ist. Ich bin nicht kein Zitterrochen, ich lasse das Wort gelten: „Jugend hat keine Tugend!“ Aber alles hat doch seine Grenzen. So hat in Borsdorf Mitte Januar ein Leutnant aus dem 3. Garde-Regiment bei einer Wette eine ganze Bunde Kognak auf einen Hauch ausgekostet; ich kann natürlich kein Vergleichen in seine Richtung gebracht werden, da man vergleichen hätte, ihm den Uniformrocken zu üben, buchstäblich ernst. Solche Fälle kommen leider ja auch im Arbeiterstande vor; aber welche moralische Unternehmung macht sich dann in der bürgerlichen Welt über die Arbeiter breit. Die Unternehmung habe ich in diesem Falle bemerkt.

Großes Interesse hat ein in vorigen Monate in Rendsburg gegen den Leutnant Sellmann gefälltes Urteil hervorgerufen. Derselbe hat im Zustande freiwilliger Trunkenheit inwärtigen Hausfriedensbruch und andere Exzesse begangen und ist dann zu der außerordentlich milden Strafe von einem Monat und etlichen Tagen Gefängnis verurteilt worden! Der gemeinen Soldaten und Zerküftung ist als strafbarer Verstoß angesehen. Gegen gemeine Leute wird wegen der geringsten Subordinationsvergehen auf die barbarischsten Strafen erkannt, während bei den ärztlichen Exzessen von Offizieren die Kriegsgerichte sich mit verhältnismäßig geringen Strafen begnügen. Also auch hier kann man von Mitleidenschaft sprechen! (Zehr ruft bei der Soz.)

Im Vorjahre vertrat ich im Gegensatz zu meinem Parteigenossen Rumer die Ansicht, die Zahl der Militärhandlungen in der Armee habe sich vermindert. Ich muß nun heute eingestehen, daß ich unrecht und mein Freund Rumer recht hatte. (Zehr ruft bei der Soz.) In diesem Jahre sind eine solche Anzahl von Militärhandlungen bekannt geworden, wie selten. Die wirkliche Zahl der Militärhandlungen ist aber noch viel größer, da viele Leute nicht den Mut haben, die Militärhandlungen zu melden. Es sind eine ganze Anzahl Fälle zu vieler und barbarischer Art vorgekommen, das man sich wirklich wundern muß, wie solche Heuboden am Anfang des zwanzigsten Jahrhunderts noch bestehen können.

So hatte ein Unteroffizier Wenzel in der 11. Division einem Untergebenen sämtliche Rockknöpfe abgerissen, die Kleider zerdrückt in u. u. und ihm dann befohlen, dieselben zu nähen und sich federnmäßig angekleidet am anderen Morgen zu melden. Dieser Mann ist dann auch angefaßt und in 63 Fällen der Militärhandlung überführt worden. Dafür wurde er mit 10 Jahren Zuchthaus bestraft. Der Oberste dieser Brigade soll, beim 2. Armeekorps, wurde ein Offizier wegen einer Militärhandlung, die den Tod des betr. Untergebenen zur Folge hatte, zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. In Oldenburg hat ein Unteroffizier vom Infanterieregiment Nr. 93 einer Korporalität beim Felddienst befohlen, sich auf den Magen zu werfen und sich zu töten. Der Unteroffizier ließ einen Mann durch seine Kameraden in anderer Zustände mit Wein und kaltem Wasser abspülen. Ein anderer Fall ist erst durch die sozialdemokratische Presse bekannt geworden. Ein Unteroffizier schreibt einen Musiker, der unarbeits vor der Korporalität erkrankt, mit folgenden Worten an: Du Schwein, ich werde dich schon raufen und wirf ihm dann mit einem Fackelmesser die Wertsache an. Weiterhin wird berichtet, kommt ein Sergeant dazu, der dann mit einem brennenden Streichholz die Wertsache an ihm und dessen wegbrennt! Das ist doch ein Akt ganz letzter Rohheit! Beim 6. sächsischen Infanterieregiment wurde ein Hauptmann wegen Militärhandlung Untergebenen in 63 Fällen zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt in 3 Fällen zu 6 Monaten und in Dortmund ein Dritter zu 1 Jahr Gefängnis.

Interessant ist die Broschüre des hiesigen Oberst v. Zehnlof, der konstatiert, daß die Militärhandlungen seit dem deutsch-französischen Kriege in hohem Maße zugenommen haben. Auch die Zahl der Delikte ist eine sehr erhebliche. Viele sündeten in die französische Fremdenlegion, deren Dienst auch gerade kein leichter ist!

Bisher waren es fast nur die Sozialdemokraten, die diese Mißbräuche in der Armee aufzudeckten. Jetzt melden sich aber auch Stimmen selbst aus Offizierskreisen, die sagen: Dieses System ist durch und durch falsch und verderblich. Der Armee werden heute noch Anforderungen gemacht, die von Sachverständigen schon in der Vorzeit als unmöglich bezeichnet wurden von allem der sogenannten „Garnisonsdienst“, der Stechschritt, der Paradeuniform, usw. Seitig werden müssen auch die Metallbestandteile der Uniformen, die weithin leuchten. Wenn ein großer europäischer Krieg ausbrechen sollte, so müßte unsere Armee mit einer Uniformierung in den Krieg ziehen, die völlig ungenügend ist für moderne Kämpfe. Wir haben in jeder Beziehung etwas, was die anderen Nationen der Welt überlegen das Ziel der feindlichen Augen geweien sind!

Das Schlimmste aber ist, daß Anforderungen an die Soldaten gestellt werden, die mit der Kriegsführung nicht das geringste zu thun haben. Rumer dem Rufung des Herrn von Goshler an der Spitze der Armee, die Anforderungen an die Sozialdemokraten im Jahre von einem Offizier erwähnt worden. Diese Broschüre richtet sich in erster Linie gegen die Sozialdemokratie, deren Gefahr für die Armee der Verfasser hervorhebt und deren Bekämpfung er fordert. Der Offizier behauptet, die sozialdemokratische Partei habe Anstrichungen gegen, besonders die Unteroffiziere für sich zu gewinnen. Eine solche einseitige Anstrichung werden wir nicht geben, wir sind in einem ungenügenden Konflikt mit dem Strafgesetzbuch bringen könnte. Für uns ist die Armee eine Noli me tangere, (Noli mich nicht an) soweit nicht Mißbräuche in ihr zur öffentlichen Kritik herausfordern. In jener Zeit sind nun Forderungen erhoben, die ich nicht billigen kann, wenn besser, was ich hier schon seit Jahren verlange habe. Es wird auf den ganz überflüssigen Grenzgerichten hingewiesen und besonders für Abschaffung des Paradeuniforms plädiert. Der Paradeuniform, man denke, in dem ich das höchste Weien der preussischen Armee infamiert, soll abgeschafft werden! (Zehr ruft.)

Der Offizier sagt: Der Paradeuniform sei nur nach ungenügender Mühe und viel überflüssig nicht zu erreichen. Er sei keineswegs schön, sondern vielmehr hässlich. (Zehr ruft.) Alle hierfür aufwendende Mühe sei Verwendung. Das ist wahr. Ich erinnere nur an das Schicksal des alten Schanzkopfs, dem, als er die Besatzung der preussischen Armee in Prag nach dem General von B. in Bartenberg verlegt wurde, er bei einem Ansturm auf die Festung, jeder Soldat wurde zunächst von einem kleinen Knabe beauftragt. — Der Offizier sagt auch, daß die Ausbildung zum Kriegsdienst nur drei Monate im Jahr betrage, daß sie zu ganzen des Parade-dienstes vernachlässigt werde. Wenn wir aber sechsmonatliche Ausbildung für den Kriegsdienst verlangen, erhalte man das, was eine tolle Forderung. Schicksal ist, der Verfasser auch die Militärhandlungen auf den Zerküftung zurück, mit dem in den Armeen gearbeitet wird, um die Soldaten zu erhalten. Da hätten die entscheidenden Stellen das Ansehen zu prüfen, ob im Jahre alles in Ordnung ist. Angesehen solcher Umstände haben wir alle Ursache, die Armee zu verlassen, erhalte man das, was den bedenklichen Wägen, den die Preussische Armee in den letzten Jahren nicht mehr wenden. Sie sind uns in ihrer Armeekorpsorganisation jetzt vielfach überlegen. Graf Waldersee hat unsere Truppen, die in China waren, ein glänzendes Zeugnis aus-

gestellt. Nun, der meiste größte Teil der chinesischen Truppen trug noch nicht neun Monate den bunten Rock und hatte nicht einmal ein Mäntel mitgemacht. Die Führung der Militia hat in anderen Ländern mehr und mehr Boden gewonnen. Der französische Artillerieoberhauptmann Goulan-Ruch ist in seinen Unternehmungen über die Umwandlung der französischen Artillerie in eine Militia zu ganz überraschenden Resultaten bezüglich der Kostenvorteile gekommen. Goulan-Ruch ist auch ein anderer Offizier aus. Auf die Zeit und seinen modus der Militiaorganisation hat sich. Marzag bestimmt, daß Militia nicht nur auch Zerküftung hat sich dafür ausgesprochen.

Würden Sie eine kurze Dienstreise haben, dann brauchten Sie auch nicht über Zerküftung zu klagen. — In Frankreich taucht der Gedanke auf, die Zerküftung der G. und die der polizeiliche Zerküftung erst ein Jahr als Gemeine dienen zu lassen, bevor sie Offiziere werden, damit sie das Fühlen und Denken der gemeinen Soldaten kennen lernen. Auch denkt man daran, ein Drittel der Offiziersstellen aus der Reihe der Unteroffiziere zu bilden. Das sind andere Gedanken, als die in den deutschen Militärkreisen. Der schweizerische Oberbefehlshaber Wille kommt ebenfalls in der Militia-Organisation vor, doch sich die deutschen Militäreinrichtungen im Kriege nicht be-mehren können.

Aber auch die unerträglichen Zustände der Reichs-finanzen drängen zu Veränderungen im Heerwesen. Im letzten Etat haben wir die Ende Dezember ein Defizit von 43 Millionen. Nur allen Seiten drängen sich dagegen die Kulturbedürfnisse heraus. Die Einzahlungen sind nicht im Stande, sie alle zu befriedigen. Der allgemeine finanzielle Krad sieht uns bevor. Diese Umstände erzeugen den revolutionären Gedanken einer Umgestaltung unserer militärischen Einrichtungen. Hier ist ein Punkt, wo wir viele Millionen sparen können (hier zum Zentrum) können Sie Ihre Verdrüssnisse indirekten Steuern mehr einführen, um höhere Steuern zu heben, dem einzigen Gebiet, wo Sie sparen können, gründliche Änderungen eintreten lassen. (Zehr ruft bei der Sozialdemokratie.)

Abg. **Wiedemann** (Rechts): Ich habe den Eindruck, je häufiger hier in Reichstag gegen das Duell beklammert wird, desto häufiger wird es vorkommen. Das Duell ist nicht ausrottbar, wenn Sie nicht vorher den germanischen Erbgebräuch ausgerottet haben. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Nebenher fordert die Verlegung von Garnisonen in die kleinen Städte des Ostens, das ist das wirksamste Mittel zur Bekämpfung des Volentums.

Abg. **Wiedemann** (Rechts): So lange die Sünde nicht aus der Welt geschafft ist, so lange werden auch die Quelle nicht aushören. (Lachen links.) — Das vor den Sozialdemokraten in der Armee gemacht wird, ist selbstverständlich und einfach. Nicht der militärischen Vorgesetzten. — Herr Nebel hat sich dann als Reformator der Armee ausgespielt. Wenn der Verdrüssnisse noch nicht hätte, er sich im Grabe umgedreht. (Große Lachen.)

Kriegsminister **v. Goshler**: Nach Breiten und Goshler soll ein Bataillon von Boien verlegt werden, wenn irgend möglich, sollen die Kosten aus den laufenden Mitteln bestritten werden. Der Leutnant v. Eichel ist nicht an übermäßigem Zerküftung getrieben, sondern er war schon lange lebend (mit da mußte der Verdrüssnisse eine ganze Anzahl Soldaten hinterlassen! Die Red.) und hörte an Heroldung. Der Leutnant v. Bollmann ist von einer sehr schweren „Herzkrampf“ Störung betroffen worden; er ist in eine Anstalt gebracht worden. Im Falle Stietencron haben Militia- und Zivilgericht zu drei Jahren in einem Urteil das Zivilgericht hat nur hinzugefügt, daß der Soldat sein anderes Bateriales habe. Der Verfasser hat das Zivilgericht in Uebereinstimmung mit dem Militärgericht zwar nicht im Urteil aber in der Begründung angenommen, daß Unvorsichtigkeit vorliege. Die Zahl der Militärhandlungen hat nicht zugenommen. Jedes Jahr werden ungefähr 3000 Offiziere wegen Mißbrauchs der Amtsgehalt bestraft. Der erste Wille, die Militärhandlungen zu bestrafen, ist auf allen Seiten vorhanden. Bereits ist zu bedenken, daß 14 Prozent aller Rekruten gerichtlich oder polizeilich vorbehaftet sind. — Das bei Entlassungsvergehen in der Armee Begnadigung eintritt, ist unrichtig, im Gegenteil, sie werden mit Entzerrung aus dem Heere bestraft. Die Zahl der Delikte ist geringer geworden. Gegenüber den Reformen, die Herr Nebel befragt, ist die Zahl der Verdrüssnisse bei uns ununterbrochen vermindert worden. Unsere Art des Marisches ist von ärztlicher Seite als die vorteilhafteste für den Körper anerkannt worden. —

Die Broschüre, die Herr Nebel anführt, scheint nicht von einem Offizier verfaßt zu sein. Dazu spricht zu viel Unklarheiten. Die Behauptung der Zerküftung ist nicht zu bezweifeln, daß wir indessen, jeiten, nicht einverstanden sind, daß wir aber auch entschlossen sind, unsere Pflicht zu thun. (Bravo! rechts.)

Abg. **Schrader** (Frei. Vgl.) fordert den Kriegsminister auf, seine Stellung zu der Resolution Yenzmann darzulegen. Kriegsminister **v. Goshler**: Ich bin nicht ermächtigt, Antwort auf eine Resolution des Reichstages zu geben. Ich bin nicht vorgelesen hat. — Das Berichtigungen der Militärstrafen für Offiziere notwendig sind, erkenne ich für meine Person nicht an.

Abg. **Chrasnowsky** (Polse) führt Bekümmere über die unzureichende Behandlung bolschei Verkruten. Nach Breiten seien zwei Bataillone gerückt, um der polnischen Kavallerie entgegenzutreten.

Kriegsminister **v. Goshler**: Nach Breiten wird nur ein Bataillon gelegt, die Mittel wurden von der Stadt bewilligt. Der Vorredner hat auch gesagt, wie schwer es für polnische Rekruten sei, ein fremdes Bateriales zu wechseln. Ich kenne aber auch Soldaten, die ein anderes Bateriales als Deutschland, sehr gut reiten. Die Behauptung, daß Kampfbücher bei Kontrollverhandlungen Neben an polnische Rekruten gerichtet haben, ist irrig; ebenso irrig ist die Behauptung, die preussische Schiedsrichter wende sich jetzt auch gegen die katholische Religion. Die Abkennung des Einjährigendienstes an einen Mann, der sich als polnischer Soldat erweisen können gezeigt hat, halte ich für durchaus berechtigt.

Präsident Graf **Waldfreud**: Der Abg. v. Chrasnowsky hat das Benehmen der Militärbehörden die „preussische Welt“ genannt. Ich rufe ihn dafür zur Ordnung!

Abg. **Eichhoff** (Frei. Vgl.): In meiner Hoffnung, daß mit Fortschritt der Öffentlichkeit des Militärstrafprozesses, Verbesserungen der Militärhandlungen in der Armee annehmen würden, habe ich mich getäuscht. — Ich möchte die Militärverwaltung um Auskunft bitten, ob wirklich wichtige militärische Gründe das Oberverdict als ungeeignet für einen Truppenübungsplatz erweisen lassen. Eine solche Erklärung würde große Bedeutung in die Beurteilung der dortigen Gegen bringen. — Ich ergebe mich aus schließlich einem Fall eines Mannes mit einer größeren rechtlichen Indiszipliniertheit an Kaufmann von einem Mittmeister der Reserve über prozessiert wurde. Bei einem heiligen Vorrecht ist der Mittmeister den Kaufmann ins Gericht. Am anderen Tage forderte der Mittmeister den Kaufmann auf Duell, nach dieser Absicht. Der Bezirkskommandant hat darauf den Mittmeister ins Gefängnis abgeben und dem Mittmeister wegen seiner Duckweigerung nicht mehr zu verurteilen. Gegen einen solchen Duckweigerung müssen wir uns ganz entschieden wenden.

